

Diskussionsforum zu den deutsch-griechischen Beziehungen in Athen

Ein Verhältnis im ständigen Wandel

Dass die Beziehungen zwischen Griechenland und Deutschland Berg- und Talfahrten erlebten, dürfte keine große Überraschung sein. Dass nun erstmals die Gründe für das schlechte Bild der Griechen und Griechen von der Bundesrepublik systematisch eruiert wurden, bietet die Möglichkeit, entsprechend zu reagieren.

Von Elias Jones

In der vorigen Woche hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung Athen (FES) zusammen mit der Hellenischen Stiftung für Europa- und Außenpolitik (ELIAMEP) zu einer Debatte über das Thema „Partners, not Friends. Greek Public Opinion(s) on Germany“ eingeladen. Daran nahmen als Podiumsgäste Alexis Routzounis, Forschungsdirektor des renommierten Meinungsforschungsinstituts KAPPA, Ronald Meinardus, Leitender Forschungsbeauftragter ELIAMEP, sowie George Pagoulatos, Direktor des ELIAMEP teil. Präsentiert wurden zunächst die Ergebnisse einer Studie, die die FES in Auftrag gegeben hatte, und aus der sich Rückschlüsse auf die Ursachen des angeschlagenen Images Deutschlands ziehen lassen (siehe auch GZ 849, Seite 4).

Optimistischer Blick in die Zukunft

Obwohl die Studie ein insgesamt gesehen sehr negativ geprägtes Bild der Bundesrepublik in den Augen vieler Griechen offenbarte, öffnete sie im gleichen Moment auch einen positiven Blick in die Zukunft. Während der überwiegende Teil der insgesamt rund 2.100 Befragten zwar keine Ver-



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion, von links nach rechts: Arne Schildberg (FES), Ronald Meinardus (ELIAMEP), Xenia Kounalaki (Moderatorin, Journalistin der Zeitung Kathimerini), George Pagoulatos (ELIAMEP), Alexis Routzounis (KAPPA Research). (Foto: © GZ / Elias Jones)

änderungen in den griechisch-deutschen Beziehungen seit dem jüngsten Regierungswechsel in Berlin sah (54 Prozent), registrierten dennoch beachtliche 32 Prozent eine Verbesserung oder zumindest einen Ansatz in eine positivere Richtung. Optimistische Einschätzungen vertrat Meinardus, der zu bedenken gab, dass der Regierungswechsel in Berlin noch nicht lange her sei. Des Weiteren merkte er an, dass die Studie im Zeitraum vor dem Besuch des Kanzlers am 27. Oktober erhoben worden sei. Die Ergebnisse und das Image Deutschlands seien nicht in Stein gemeißelt. Dies sei „nicht permanent“ und befinde sich „in einem ständigen Wandel“, so der politische Analyst und Kommentator. Der griechische Blick auf Deutschland sei „nicht immer

negativ behaftet gewesen, das Image änderte sich im Laufe historischer Phasen. Einen seiner Tiefpunkte erreichte es in der vergangenen Dekade“, fügte er ergänzend hinzu, wobei er auf die Finanz- und Schuldenkrise anspielte, in der sich Griechenland dem Sparakt der internationalen Geldgeber unterordnen musste – in den Augen vieler Griechen spielte Deutschland dabei eine exponierte Rolle. Außerdem warf Meinardus einige konstruktive Fragen in die Diskussion: „Warum hat sich das Image Deutschlands, seitdem Scholz das Kanzleramt übernommen hat, nicht spürbar verändert? Es gab ja nach seinem Wahlsieg eine Welle des Enthusiasmus.“ Ein Fazit, das man aus der Studie ziehen könne, sei, dass sich Deutschland neu

präsentieren müsse. Die Frage sei natürlich, durch welche Schritte dies praktisch gelingen könnte.

Die wichtige Rolle der Medien

Auch die potenziell gewichtige Rolle der Medien fand in der Diskussionsrunde ihren Platz. Eine Mitschuld am negativen Bild Deutschlands in der griechischen Gesellschaft sieht Alexis Routzounis in der Berichterstattung der letzten Dekade. Es sei die allgemeine Darstellung der führenden deutschen Politiker gewesen, die das schlechte Bild mitgeprägt hätten, so Routzounis. Die Journalistin des Athener Radiosenders „Athina 9.84“ Domniki Diamantopoulou ging in der Diskussionsrunde auf Hindernisse bei einer ausführlichen Berichterstattung über Deutschland im Allgemeinen ein. Sie habe das Gefühl, „die Menschen interessiert das Thema nicht mehr sonderlich“. Es sei „nicht mehr so, wie es vor Jahren mal war. Berlin ist nicht mehr so gewichtig, wie das früher der Fall war“. Oft würden vor allem „die negativen Punkte hervorgehoben, seien es Entscheidungen, die wir anzweifeln, oder andere Vorkommnisse“, fügte sie hinzu. Marian Wendt, Direktor der Konrad Adenauer Stiftung schlug vor diesem Hintergrund vor, dass die Medien dem in Zukunft entgegenwirken könnten, in dem sie „ihre Berichterstattung mehr auf die positiven Dinge ausrichten“. Einig waren sich die Teilnehmer dahingehend, dass beide Länder in Zukunft stärker auf einander zusteuern müssten. Es gehe nicht nur darum, politische Einigkeit zu demonstrieren, sondern vor allem darum, dass sich die beiden Völker wieder näherkommen.

Politische Botschaften in Erinnerung an den Studentenaufstand von 1973

Zehntausende Menschen beteiligten sich am vorigen Donnerstag (17.11.) an Kundgebungen in Erinnerung an den Studentenaufstand vor 49 Jahren. Dem Demonstrationzug in Athen, der traditionell bis vor die US-Botschaft führt, hatten sich Polizeiangaben zufolge mehr als 20.000 Teilnehmer angeschlossen. Organisatoren nannten noch weit höhere Teilnehmerzahlen. Fest steht: Es war eine der größten Massenkundgebungen der letzten Jahre. Nach dem friedlich verlaufenden Gedenkmarsch kam es zu Ausschreitungen, wobei u. a. in der Nähe der US-Botschaft Müllcontainer in Brand gesetzt wurden. 19 Personen nahmen die Polizei in Gewahrsam. Zu Randalen kam es auch im Umfeld von Kundgebungen in den Hafencities Thessaloniki und Patras.

Wie traditionell üblich gab es Gedenken an den 17. November 1973 auch zahlreiche Spitzenpolitiker Statements ab. Staatspräsidentin Katerina Sakel-

laropoulou stellte fest: „Der Kampf für die Demokratie ist permanent und anspruchsvoll.“ Sie fügte hinzu, dass dieser Tag „unsere politische Freiheit symbolisiert“. Der Aufstand des Polytechnikums sei „der Anfang vom Ende der siebenjährigen Diktatur“ gewesen. Premierminister Kyriakos Mitsotakis sprach von einem „starken Akt des Widerstands gegen die Diktatur“. Die damals erhobene Forderung „Brot-Bildung-Freiheit“ gehe einher mit dem Motto „Alle vereint“ und inspiriere auch in der Gegenwart. Oppositionschef Alexis Tsipras vom Bündnis der Radikalen Linken (SYRIZA), der persönlich an der Kundgebung teilnahm, kommentierte, dass die Botschaft des Studentenaufstands heute aktueller denn je sei. Die Demokratie habe man nicht geschenkt bekommen, sondern sie sei durch Kämpfe, vor allem der Jugend, erlangt worden. Dies sei tief im Bewusstsein der griechischen Gesellschaft verwurzelt. (GZeh)

Drei-Länder-Treffen über Fragen der Diaspora in Kairo

Die Diaspora Griechenlands, Zyprens und Ägyptens wird dazu aufgerufen, sich an gemeinsamen Kultur- und Bildungsprojekten zu beteiligen. Dieses Statement hat in der vorigen Woche der Staatssekretär des griechischen Außenministeriums Andreas Katsaniotis, der für das Auslandsgriechentum zuständig ist, abgegeben. Hintergrund dafür war ein offizieller Besuch in Kairo. Dort hatte er sich mit seinen ägyptischen und zyprischen Amtskollegen getroffen, die ebenfalls für Diaspora-Fragen zuständig sind. Einig war sich Katsaniotis mit Fotis Fotiou (Zypern) und Soha Gendy (Ägypten), dass ihre Länder jeweils über eine sehr aktive Diaspora verfügen. Während seines offiziellen Ägypten-Aufenthalts traf sich der Besucher aus Athen u. a. auch mit Vertretern griechischer Gemeinden sowie mit dem Patriarchen von Alexandrien und ganz Afrika Theodoros II. Dem griechisch-orthodoxen Patriarchat gehören etwa 250.000 Gläu-



Der Staatssekretär des griechischen Außenministeriums Andreas Katsaniotis (Foto: ek/Archiv)

bige an. Es handelt sich vor allem um Griechen in der Diaspora, aber auch um christlich-orthodox getaufte Araber und Afrikaner. (GZeh)